

# Photovoltaikpflicht auf jedem Dach

Standpunkt des Abgeordneten Sebastian Gassner

Der Landtag hatte über zwei Motionen zu befinden, die jeweils eine Photovoltaikpflicht in unterschiedlichen Bereichen beinhaltet.

Während der Jahre 2016 bis 2020 sind über 2500 neue Bauobjekte in Liechtenstein entstanden. Demgegenüber steht die Zahl von gerade mal 600 Solaranlagen, welche im selben Zeitraum verbaut wurden. Somit verfügte nur ca. jedes vierte neue Gebäude über eine PV-Anlage. Das ist eine ernüchternde Realität. Es stellt sich die Frage, ob wir die letzten Jahre etwas versäumt haben, um den Ausbau dieser wichtigen Technologie auf freiwilliger Basis zu beschleunigen und ob heute eine Pflicht tatsächlich unumgänglich ist. Bestimmt wären in der Vergangenheit neben den bekannten



Fördermodellen weitere Massnahmen möglich gewesen. Zinslose Darlehen in Form einer modernen Wohnbauförderung oder eine Energieberatungs-pflicht sind nur zwei Möglichkeiten. Allerdings können wir uns heute keine Umwege mehr leisten. Deshalb kann ich die Haltung der Kritiker dieser Verpflichtung nicht befürworten, dass die steigenden Energiepreise den freiwilligen Ausbau ohnehin weiter beschleunigen werden. Besonders in systemrelevanten Bereichen bin ich der Meinung, dass wir unkontrollierten Preissteigerungen

zuvorkommen müssen. Eine PV-Pflicht kann in meinen Augen auch so umgesetzt werden, dass die Bauherren die Verpflichtung zum Betrieb einer PV-Anlage auf ihren Gebäuden an die LKW oder andere Dienstleister übertragen können. In meinen Augen hat jedoch gerade aber ein dezentrales Energiesystem viele sozialpolitische Vorzüge. Wenn grosse Teile der Bevölkerung an der Stromproduktion beteiligt sind, werden speziell die Haushaltseinkommen in einem weit aus geringeren Mass von den unkontrollierbaren Energiekosten beein-

flusst. Steuererleichterungen oder gar Subventionen von fossilen Energieträgern, wie sie angesichts der steigenden Gas- und Ölpreise auch im Landtag immer wieder gefordert werden, sind zwar gut gemeinte Vorschläge zur Symptombekämpfung, führen aber am eigentlichen Ziel vorbei. In Anbetracht der Sanktionen gegen Russland und der vielen Solidaritätsbekundungen gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, empfinde ich die Subventionierung von fossilen Energieträgern gar als unklug und taktlos. Allerdings muss auch ich die globale Abhängigkeit anerkennen. Wie viel Wettbewerbsverzerrung können wir unseren Arbeitgebern zumuten, wenn es im Ausland staatliche Energiepreissenkungen geben wird? Es muss allen klar sein, dass es nicht die Frage ist, «ob» die Preise für fossile Energieträger ins Unermessliche steigen, sondern «wann». Deshalb müssen wir jetzt mit Weitsicht handeln und uns selbst in die Pflichten nehmen, anstatt mit gut gemeinter Sozialpolitik das Problem ein paar Jahre in die Zukunft zu verlagern. Wie von der Regierung bestätigt wurde, wird nicht nur die Bevölkerung in die Verantwortung genommen, sondern auch das Land und die Gemeinden. In längst überfälligen Revisionen werden im Baugesetz und in den Bauordnungen bestehende Pflichten zu Gunsten der PV-Pflicht weichen müssen.

## Landtag

### Nachdenklich

Dem Ukrainekrieg wurde auch im April-Landtag hohen Stellenwert beigemessen. Die Diskussion bewegte und machte hinsichtlich Tragik dieses Krieges nachdenklich. Regierung und Landtag sind entschlossen alles dafür zu tun, Flüchtlingen ein adäquates Umfeld bereitzustellen und Kriegs-Protagonisten und ihre Verbündeten entsprechend zu sanktionieren. Ich pflichte jenen Abgeordneten bei, welche ein rasches Ende der Gasimporte aus Russland fordern – so rasch eben, wie es möglich ist. Solange wir diese Importe tätigen, finanzieren wir den Krieg indirekt mit. Es ist jetzt der Zeitpunkt, erneuerbare Energiequellen rasch zu forcieren, um unsere Eigenversorgung möglichst umfassend zu steigern. Nachdem der Landtag über Mehrkosten des Neubaus Landesspital informiert wurde, war dies auch mittels Pressemitteilung öffentlich zugänglich. Die Tatsache dieser immensen Mehrkosten stösst uns allen sauer auf. Ich begrüsse es darum sehr, dass das Ministerium ein unabhängiges Audit initiiert, um festzustellen, ob das Projekt zu Beginn richtig aufgegleist wurde, im Prozess Fehler begangen wurden oder auch neue Nutzerbedürfnisse das Ganze teurer machen. Die Kosten für diesen Neubau werden höher ausfallen als der Verpflichtungskredit aus dem Jahre 2011, welcher vom Volk damals abgelehnt wurde. Auch darum ist eine umfassende Aufklärung des Sachverhalts sehr wichtig. Diese Transparenz sind wir dem liechtensteinischen Volk schuldig.

Rainer Gopp  
Parteipräsident

### IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Fortschrittliche Bürgerpartei  
**Redaktion:**  
Rainer Gopp  
**Adresse:**  
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz  
Tel.: +423 237 79 40  
**www.fbp.li**  
**E-Mail: info@fbp.li**



## Die Menschenrechte im Fokus

Beitrag der Landtagsabgeordneten Franziska Hoop

Bereits Debatten im Jahr 2021 an den Sessio-nen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats waren dominiert von der Thematik «Ukrainer-Russland-Konflikt». So wurde bereits an der Januar-Session die Stimmrechte der russischen Delegation seitens der Delegations-leiterin der Ukraine angefochten. In den an-schliessenden Diskussionen forderte die Ver-sammlung folglich Russland auf, alle Empfeh-lungen zu erfüllen, die in den vorgegangenen Entschliessungen ausgesprochen wurden. An-lässlich der Aprilsession sprach Angela Merkel zu den Parlamentariern und fügte an, den Blick an Europas Aussengrenzen und im Osten Euro-pas zeige, dass auch heute Frieden und Sicher-heit sowie Stabilität und Wohlstand alles andere als selbstverständlich sei.

Aufgrund des Ukrainekriegs wurde im März 2022 eine Dringlichkeitssitzung in Strassburg einberufen. Nach ausführlichen Debatten wurde schliesslich für den Ausschluss Russlands ge-stimmt. Auch das Ministerkomitee beschloss an ihrer ausserordentlichen Sitzung, dass die Rus-sische Föderation aufgrund des eingeleiteten Verfahrens nach 26 Jahren die Mitgliedschaft im Europarat entzogen wird.

Bei der Dringlichkeitssitzung konnte auch ich als Delegationsleiterin im Namen der liechten-steinischen Delegation einen Redebeitrag im Plenum vortragen. Ich brachte darin das tiefe

Bedauern und die Solidarität Liechtensteins mit der ukrainischen Bevölkerung und der ukraini-schen Regierung zum Ausdruck. Ich schloss meinen Beitrag mit dem Statement ab, dass die anhaltende Aggression Russlands gegen die Uk-raine und die fortdauernden eklatanten Verlet-zungen der Grundwerte des Europarats nun auf-zeigen, dass auch diese Grundhaltung Grenzen hat. Staaten, die die Demokratie, die Rechts-staatlichkeit und die Menschenrechte schützen und respektieren, haben Platz an unserem Euro-parats-Tisch. Und für jene, die nicht – oder nicht mehr – am Tisch sitzen, soll die Möglichkeit be- stehen, wieder Teil dieser Gemeinschaft zu wer-den, sobald die Werte des Europarates auch ihre sind.

Anlässlich der April-Landtagssitzung wurde der Jahresbericht 2021 des Europarats, einer nicht nur in solchen Zeiten wichtigen Organisation, vorgebracht.



Landtagsabgeordnete der FBP Franziska Hoop

## Gebühren von Reisepass und ID im Fokus

Kommentar von FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry

Die DpL wollte mit ihrer Motion die Gebühren für liechtensteinische Reisedokumente neu durch den Landtag und nicht mehr durch die Regierung festlegen lassen.



Dabei sollte der DpL-Vorstoss dazu führen, dass die angeblich sehr hohen Kosten, auf das schwei-zerische Niveau gesenkt werden. Dies wurde dann im Landtag entsprechend diskutiert.

### Systematik

Der Landtag erlässt Gesetze, gibt Geldmittel frei und kontrolliert deren Umsetzung. Die Re-gierung führt die Verwaltung, setzt die Vorge-ben des Landtages um und regelt schlussendlich die Details in Verordnungen. Dies zu durchbre-chen wäre systemfremd und wurde darum von mir und schlussendlich auch bei der Abstim-mung von allen – ausser der DpL – bestätigt.

### Kostenwahrheit

Wenn die DpL erklärt, dass sie die Kosten auf das schweizerische Niveau drücken wollen, dann klingt das zuerst richtig. Aber dies ent-spricht nicht der ganzen Wahrheit!

Bei einer einfachen Gegenüberstellung der Kos-ten pro Jahr wäre schnell erkennbar gewesen, dass wir bis zum 18. Lebensjahr bei der ID iden-tische Kosten pro Jahr und bei den Pässen sogar unter den Kosten der Schweiz liegen!

Worin unterscheiden sich die Kosten nun? Ab dem 18. Lebensjahr betragen sie das Doppelte der Schweizer Ansätze. Die Gültigkeitsdauer ist identisch, die Kosten höher und darum liegen

wir bei den Kosten pro Jahr über der Schweiz. Dies kann ich beim FL Reisepass nachvollzie-hen, denn aufgrund der viel kleineren Anzahl an ausgestellten Dokumenten sind die Kosten unweigerlich höher.

Nur 42 % der Liechtensteiner/-innen besitzen einen Reisepass, eine FL ID benötigen alle! Heute liegen wir mit 150 CHF für eine ID über der Schweiz – dort kostet diese 65 CHF. Klar ist aber: Die Steuern in der Schweiz sind höher und die ID kann direkt in Vaduz sehr rasch bezogen werden.

Auch ich habe mich im Landtag für eine Über-prüfung der Kosten eingesetzt. Ich erhoffe mir, dass die FL ID künftig günstiger angeboten werden kann.



Fraktionssprecher der FBP Daniel Oehry



Europarat in Strassburg. (Foto: SSI)